

BERLIN AKTUELL

Für Duisburg in Berlin



BÄRBEL
BAS



MAHMUT
ÖZDEMİR

Impressum

Herausgeber - V.I.S.D.P.:

Mahmut Özdemir, MdB | Bärbel Bas, MdB

Redaktion: Anna Leidig | Manuel Reiß

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.



Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Ausgabe von Berlin Aktuell haben wir über die Vereidigung der neuen Bundesregierung im Deutschen Bundestag informiert, in der aktuellen Ausgabe berichten wir vor allem über die Antrittsreden der neuen SPD-Minister*innen im Rahmen der Regierungserklärung.

Außerdem informieren wir über die MINUSMA-Mission in Mali, über deren Verlängerung der Deutsche Bundestag vergangene Woche beraten hat. Die Stabilisierung Malis ist ein Schwerpunkt des deutschen Engagements der Bundeswehr in der Sahel-Region und ein wichtiges Ziel der Afrikapolitik der Bundesregierung.

2

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

TOP-THEMA Nahles: Werden Brücken bauen und den Zusammenhalt stärken..... 4

In der so genannten Generaldebatte machte Nahles deutlich, was die übergeordnete Leitschnur der Koalition sein wird: der Zusammenhalt der Gesellschaft.

BUNDESHAUSHALT Scholz: Investieren in die Zukunft und den Zusammenhalt..... 5

Bundesfinanzminister Scholz will finanzielle Gestaltungsspielräume nutzen und Investitionen anstoßen, die langfristig allen Menschen in Deutschland zugutekommen.

AUSSENPOLITIK Außenpolitik dient dem Schutz der Freiheit..... 6

Die deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet. Dieser Satz sei der „Leitsatz für unser außenpolitische Handeln“, so Bundesaußenminister Heiko Maas.

ARBEIT UND SOZIALES Sozialstaat muss Chancen schaffen..... 6

Deutschland steht wirtschaftlich stabil da, aber dagegen stehen die Sorgen und Zukunftsängste der Menschen. Genau hier will der neue Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, ansetzen: Die Menschen müssen spüren, dass in unserem Land soziale Gerechtigkeit gelebt wird.

FAMILIENPOLITIK Giffey: Kindern mehr Chancen geben..... 7

Die ehemalige Berliner Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Neukölln weiß, wovon sie spricht, wenn sie von der Bedeutung frühkindlicher Bildung und dem Handlungsbedarf gegen Gewalt an Frauen spricht.

RECHTSPOLITIK Daten machen uns manipulierbar..... 8

Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, zum Beispiel indem Unternehmen transparent darauf hinweisen müssen, wie persönliche Daten verwendet werden. Das ist eines der Hauptanliegen der neuen Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Dr. Katarina Barley.

UMWELTPOLITIK Ökonomie und Ökologie sind kein Widerspruch..... 9

Die Natur ist die Basis allen Handelns, die Umwelt zu schützen ist deshalb nur folgerichtig. Die Erfolgsgeschichte des Umweltschutzes in Deutschland möchte die neue Bundesumweltministerin Svenja Schulze jetzt weiterschreiben.

AUSSENPOLITIK MINUSMA-Mission in Mali soll fortgesetzt werden..... 10

Die Stabilisierung Malis ist ein Schwerpunkt des deutschen Engagements der Bundeswehr in der Sahel-Region und ein wichtiges Ziel der Afrikapolitik der Bundesregierung.



TOP-THEMA

Nahles: Werden Brücken bauen und den Zusammenhalt stärken

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles hat gleich zu Beginn ihrer Rede im Rahmen der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Bundestag klargemacht, vor welchen Herausforderungen die neue Bundesregierung steht - und Lösungen skizziert. Die Große Koalition nimmt jetzt ihre Arbeit auf und hat sich vorgenommen, Brücken zu bauen, um die weltweiten Konflikte möglichst beilegen zu können, vor allem aber, um mit klarer Haltung deutlich zu machen, wo Deutschland steht.

In der so genannten Generaldebatte machte Nahles deutlich, was die übergeordnete Leitschnur der Koalition sein wird: der Zusammenhalt der Gesellschaft. „Wir nehmen die Alltagsorgen der Menschen sehr ernst“, sagte Nahles. Die nämlich seien mit dem sozialen Zusammenhalt eng verbunden. So würden immer öfter Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnvierteln, ihrer Heimat durch drastische Mieterhöhungen verdrängt. Dagegen werde die Koalition angehen. Auf Druck der SPD-Fraktion wird nicht nur die Mietpreisbremse verschärft, sondern vor allem massiv in den sozialen Wohnungsbau investiert. Außerdem wird es ein Baukindergeld geben, das jungen Familien hilft, ein Haus zu bauen oder eine Wohnung zu kaufen. Nahles: „Bezahlbares Wohnen ist eine der großen Fragen des 21. Jahrhunderts“.

Zusammenhalt zwischen Jung und Alt

Eng mit der Arbeit ist die Generationengerechtigkeit verknüpft. Der Zusammenhalt zwischen Jung und Alt spielt hier eine große Rolle. Die Menschen, erklärte Nahles, müssten auf die gesetzliche Rentenversicherung bauen können. Das gelte für jetzige und künftige Generationen. Die SPD-Fraktion wird auf Stabilität drängen und die Gründung einer Rentenkommission vorantreiben. Sozialminister Heil hat bereits angekündigt, dass diese Kommission in den nächsten Monaten ihre Arbeit aufnimmt.

Zum Umweltschutz gehören für Andrea Nahles neue Mobilitätskonzepte, denn vielen Städten drohen Fahrverbote, weil die Feinstaubbelastung so hoch ist. Fahrverbote sollen nach dem Willen Nahles' verhindert werden, also müssen Alternativen her – hier sieht Nahles die Autokonzerne mit in der Pflicht. „Die Verbraucher lassen wir nicht im Regen stehen!“

Nahles schlug einen Bogen zu Europa, das sozialer werden müsse. Sie forderte soziale Mindeststandards europaweit und kündigte einen Investitionshaushalt der EU an, um Europa zu stärken und die Lebensverhältnisse anzugleichen.



Mit Blick auf die Demokratie in Deutschland erläuterte Nahles, dass es in Zukunft – die SPD-Fraktion hat dies durchgesetzt – Orientierungsdebatten im Parlament geben werde. Das ist ein Format, bei dem die Abgeordneten über aktuelle nationale und internationale Themen diskutieren werden. Auch das ist ein Beitrag für mehr Austausch, mehr Diskussion, mehr Zusammenhalt.

BUNDESHAUSHALT

Scholz: Investieren in die Zukunft und den Zusammenhalt

Deutschland steht wirtschaftlich sehr gut da, dennoch herrscht bei vielen Menschen ein Gefühl von Skepsis. Das zu überwinden sei für ihn eines der wichtigsten Vorhaben, sagte der neue Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) am Donnerstag in seiner ersten Rede vor dem Deutschen Bundestag. Er wolle, dass es jedem in Deutschland gut gehe, „nur dann sind wir wirklich erfolgreich“.

Unmissverständlich machte Scholz klar: „Wir brauchen weiter eine solide Haushaltspolitik. Darum bleibt die schwarze Null bestehen. Keine neuen Schulden.“ Jahrzehntlang seien Schulden gemacht worden, davon wolle die Regierung wegkommen. Und die Defizite der Vergangenheit abbauen. Scholz erklärte auch, warum das funktionieren wird: Aufgrund der guten Konjunktur gebe es breite Gestaltungsspielräume. Heißt: Die Koalition hat 46 zusätzliche Milliarden Euro zur Verfügung, um also einerseits Schulden zu vermindern und andererseits in die Zukunft zu investieren.

Andererseits wird auch in den sozialen Zusammenhalt investiert. Dazu gehört mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, mehr Kindergeld, ein neues Baukindergeld für junge Familien und ein stabiles Rentenniveau. Scholz: „Das alles ist gut für den Zusammenhalt Deutschlands. Beides ist also möglich – investieren in die Zukunft und in den Zusammenhalt“.

Scholz kündigte auch Veränderungen in der Europa-Politik an. Deutschland habe ein großes Interesse an einem Europa, das funktioniert. „Denn nur so können wir die soziale Marktwirtschaft in der Welt vertreten, erklärte Scholz. Er bekräftigte, die EU zukunftsfester zu machen – unter klarer parlamentarischer Kontrolle.



AUSSENPOLITIK

Außenpolitik dient dem Schutz der Freiheit

Die deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet. Ganz bewusst sei dieser Satz dem außenpolitischen Kapitel des Koalitionsvertrages zwischen SPD und Union vorangestellt. Denn er sei der „Leitsatz für unser außenpolitische Handeln“. Heiko Maas machte am Mittwoch gleich zu Beginn seiner ersten Rede als neuer Außenminister deutlich, dass Deutschland sich dem Frieden und den europäischen Grundwerten verpflichtet fühlt und dies auch in der Welt vertreten werde. Maas (SPD) sagte das vor allem mit Blick auf die weltweiten Krisen. „Frieden und Sicherheit sind so bedroht wie lange nicht“, so Maas. Als nur einige Beispiele nannte er die Kriege im Jemen und in Syrien, die Konflikte in Libyen und das Verhältnis zu Russland. Doch auch das atomare Wettrüsten und die Abkehr von multilateraler Zusammenarbeit sind Grund zur Sorge. „Große Aufgaben warten auf Deutschland, die Erwartungen an uns sind hoch“.

Für multilaterale Abkommen einsetzen

Maas bekräftigte: „Außenpolitik dient dem Schutz der Freiheit“. Darum habe für ihn mit Blick auf das Vorgehen der türkischen Regierung im syrischen Afrin die Einhaltung des Völkerrechts oberste Priorität. Die Türkei sei in der Pflicht, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten. Die Bundesregierung werde den Druck auf die türkische Regierung aufrechterhalten. In seiner Rede wurde Maas grundsätzlich: Nicht alle Probleme sind „mit gutem Zureden“ zu lösen, Überheblichkeit nütze gar nichts. Darum werde Deutschland künftig sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um sich für multilaterale Abkommen einzusetzen.

Deutschland bewirbt sich um einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat: Das, so führte Maas aus, gebe uns die Möglichkeit, unsere Ziele auf die Agenda zu setzen, damit die Grundwerte Europas auch anderswo mehrheitsfähig werden. Die EU müsse ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorantreiben, nur gemeinsam finde Europa Gehör in der Welt.

ARBEIT UND SOZIALES

Heil: Der Sozialstaat muss Chancen auf ein freies und selbstbestimmtes Leben schaffen

Das Ministerium für Arbeit und Soziales ist die Herzkammer der neuen Bundesregierung. Hier werden die Weichen für gute Arbeit im Land gestellt, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit in der Waage gehalten. Kein Zweifel, Hubertus Heil, neuer Arbeits- und Sozialminister, sieht sein Ressort an vorderster Front beim Zusammenhalt der Gesellschaft.



Die Beschreibung seines Hauses hat Heil (SPD) am Donnerstagmittag im Bundestag gegeben, als er seine erste Rede vor dem Parlament hielt und seine Pläne für die kommenden Jahre präsentierte. In den Mittelpunkt will der Minister die Sorgen der Menschen stellen.

Denn obwohl Deutschland, wie Heil es nannte, ein „starkes Land“ sei, hätten viele Skepsis und Zukunftsängste. Die Antwort darauf sei ein starker, vor allem verlässlicher Sozialstaat, der allen die Chance auf ein „selbstbestimmtes und freies Leben“ garantiere. Es gehe um die Voraussetzungen für Chancengleichheit. Heil: „Es muss uns gelingen, dass die Menschen zurecht das Gefühl haben, dass es soziale Gerechtigkeit in Deutschland gibt“.

Wie er das schaffen will? „Mit Vollbeschäftigung, guter Lohnentwicklung, anständigen Arbeitsbedingungen.“ Als erste Maßnahme kündigte Heil das gesetzlich garantierte Rückkehrrecht von Teilzeit in die vorherige Arbeitszeit an. Das verbessere vor allem die Lage der Frauen, die oft in der so genannten Teilzeitfalle gefangen seien. „Es geht um das Einkommen, aber auch um das Auskommen“. Damit spielte er auf die häufig geringe Rente von Teilzeitkräften an.

Zum wirtschaftlichen Erfolg, den Heil als eine der Voraussetzungen für eine soziale Gesellschaft sieht, gehöre auch der rasante technische Wandel. Der mache vielen Angst – doch diese Furcht müsse niemand haben. „Wir werden darauf achten, dass mit dem technischen Fortschritt auch der soziale Fortschritt einhergeht. So werden wir Spaltungen überwinden.“

FAMILIENPOLITIK

Giffey: Kindern mehr Chancen geben

Franziska Giffey weiß, wovon sie spricht, wenn sie betont, wie entscheidend frühkindliche Bildung ist. Sie weiß, wie bedeutsam Kitaplätze und Ganztagschulen sind für Ausbildung und gerechte Chancen. Giffey (SPD) war bis vor zwei Wochen Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Neukölln. Nun ist die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In ihrer ersten Rede vor dem Parlament am Donnerstag unterstrich sie die Notwendigkeit frühkindlicher Bildung. 3,5 Milliarden Euro zusätzlich stehen ihr dazu zur Verfügung und Giffey will sie nutzen. „Ich habe großen Respekt vor dem, was jeden Tag in Kitas geleistet wird“, sagte sie vor den Abgeordneten. Eine gute Kinderbetreuung gebe jedem Kind wichtige Chancen für den Berufsweg mit. Darum müsse sie auch jedem Kind, egal, ob arm oder reich, zugutekommen. Giffey will die Anzahl der Kitaplätze im Land erhöhen und in Zusammenarbeit



mit Ländern und Kommunen die Qualität der Kitas verbessern. Außerdem, kündigte sie an, würden Eltern bei Kitagebühren entlastet.

Auch den Ganztags schulbetrieb will sie ausbauen. Giffey: „Das ermöglicht Kindern mehr Chancen beim Schulabschluss“. Das Kindergeld werde ebenso erhöht wie der Kinderzuschlag. Mehr als 500.000 Kindern werde das helfen. Weil der beste Schutz vor Kinderarmut ist, wenn die Eltern arbeiten, werde sie auch Familien noch gezielter unterstützen.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Die „sorgenden Berufe“ liegen Giffey am Herzen, mehr als fünf Millionen Menschen arbeiten in diesem Sektor, darum müssten die Berufe attraktiver gemacht werden, und zwar durch bessere Ausbildung, bessere Bedingungen und bessere Bezahlung. „Wir müssen und werden die sozialen Berufe aufwerten“, kündigte die Ministerin an. Das helfe übrigens auch bei der Gleichstellung von Männern und Frauen – denn letztere arbeiten überdurchschnittlich oft in sorgenden Berufen.

Auch die Gewalt gegen Frauen will Giffey stärker bekämpfen, sie will einen eigenen Aktionsplan vorlegen und Frauenhäuser besser ausstatten. Um Kinder besser zu schützen, werden die Kinderrechte im Grundgesetz festgeschrieben. Das, so Giffey, sei „ein Signal an alle, die im Bereich Kinderschutz arbeiten“.

Schließlich kündigte die Ministerin an, das Patenschaftsprogramm ‚Menschen stärken Menschen‘ für alle Bedürftigen zu öffnen. Bisher vermittelt es Patenschaften zwischen Flüchtlingen und Menschen, die schon länger in Deutschland leben. „Ich finde, Patenschaften sollen allen Menschen zugutekommen. Integration geht am besten durch Normalität“.

RECHTSPOLITIK

Daten machen uns manipulierbar

Katarina Barley war in der vergangenen Legislaturperiode Bundesfamilienministerin, kurzzeitig übernahm sie zusätzlich noch das Bundesarbeitsministerium. Vor dem Bundestag nahm die neue Justiz- und Verbraucherschutzministerin am Freitagmorgen Stellung zu den jüngsten Datenskandalen beim sozialen Netzwerk Facebook und mahnte die Verbraucherinnen und Verbraucher bei den eigenen Daten zu erhöhter Vorsicht. Mag sein, erklärte die Ministerin, dass viele Menschen denken, sie hätten nichts zu verbergen. Doch nur wenige wissen, welche Macht die Konzerne haben. Wenn ein Algorithmus erst einmal auf eine Person angelegt sei, könne das gesamte Onlineverhalten dieser Person kontrolliert und interpretiert werden. Das



führe beispielsweise dazu, dass man Produkte teurer angeboten bekommt als andere, weil die Datenauswertung den Unternehmen zeige, diese Person greife gern schnell zu.

„Daten machen uns manipulierbar“, erklärte Barley (SPD). Deshalb sei es wichtig, dass jeder einzelne informiert sei und Kontrolle über seine Daten habe. Hier will sie politisch nachsteuern. Barley: „Ja, wir wollen Algorithmen transparenter machen. Es muss klarer erkennbar sein, nach welchen Programmcodes Unternehmen wirklich vorgehen.“ Das gelte vor allem im Hinblick auf unzulässige Diskriminierung und Betrug von Verbrauchern. Barley nannte als Maßnahme die neue EU-Datenschutzgrundverordnung, die das Recht jedes einzelnen stärkt. „Wir brauchen mehr Regeln und eine Diskussion mit den Digitalkonzernen über ethische Maßstäbe. Das will Barley vorantreiben. Sie machte auch deutlich: „Wir stehen ein für Datensouveränität unserer Bürgerinnen und Bürger“.

Um die Verbraucherrechte zu stärken, will Barley zügig die Musterfeststellungsklage einführen. Dann können zum Beispiel Verbraucherschutzverbände im Namen vieler klagen, der einzelne ist nicht hilflos Konzernen ausgeliefert. Sie kündigte zudem besseren Mieterschutz an, etwa bei Modernisierungsmaßnahmen und eine An-schärfung der Mietpreisbremse – damit, wie sie bekräftigte, „Mieter ihre Rechte wirksamer ausleben können“. Dass ein starker Rechtsstaat für den Verbraucherschutz, aber auch für eine funktionierende Justiz unabdingbar ist, bestätigte Barley am Ende ihrer Ausführungen erneut. „Nur mit einem starken und gut ausgestatteten Rechtsstaat können wir das Vertrauen in die Demokratie gewährleisten.“

9

UMWELTPOLITIK

Ökonomie und Ökologie sind kein Widerspruch

Natur ist die Basis allen Handelns, die Umwelt zu schützen, ist deshalb nur folgerichtig. Und der Umweltschutz in Deutschland ist seit langem eine Erfolgsgeschichte, die Svenja Schulze weiterschreiben will. Schulze (SPD) ist neue Bundesumweltministerin und versprach am Freitag bei ihrer ersten Rede vor dem Parlament, die Vorreiterrolle beim Klimaschutz schnell wieder zu erobern. Denn, das sagte Schulze sehr deutlich, die eigenen Klimaschutzziele 2020 wird Deutschland wohl nicht erreichen. Eine Konsequenz gibt es schon: 2019 kommt erstmals ein richtiges Klimaschutzgesetz, das Maßnahmen festlegt für die Klimaschutzziele 2030. Sie zeigte auf, dass es keinen Widerspruch gibt zwischen Ökonomie und Ökologie – das beweise schon das Klimaschutzabkommen von Paris. Im Gegenteil: Große Märkte der Zukunft entstünden, zum Beispiel im Energiesektor, bei der Landwirtschaft und neuen Technologien.



Schulze: „Die SPD wird Umweltfragen immer auch mit Blick auf die sozialen Fragen beantworten“. Eine Kommission wird unter Beteiligung aller Betroffenen ein Enddatum für den Kohleausstieg vorschlagen. Dazu beginnen zügig Entwicklungsgespräche mit den betroffenen Regionen, so Schulze weiter.

Sie will einen „gesellschaftlichen Konsens schaffen“, dass der Klimawandel gestoppt werden muss. Dazu gehört auch, für Luftreinhaltung zu sorgen. Manche Städte müssen womöglich bald wegen Feinstaubes Fahrverbote verhängen. Davon sei sie keine Freundin, sagte Schulze ganz offen. Deshalb müssten innovative Lösungen her, um Fahrverbote möglichst zu vermeiden. Sie stehe als Partnerin an der Seite der Kommunen. Schulze ernst: „Für mich gilt das Verursacherprinzip. Und das sind die Automobilkonzerne.“ Sie fordert Gespräche mit den Vorstandschefs der Unternehmen.

AUSSENPOLITIK

MINUSMA-Mission in Mali soll fortgesetzt werden

Mali hat eine Schlüsselrolle für Stabilität und Entwicklung der gesamten Sahel-Region, nicht zuletzt aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters von Herausforderungen wie Terrorismus und irregulärer Migration. Die Stabilisierung Malis ist ein Schwerpunkt des deutschen Engagements in der Sahel-Region und ein wichtiges Ziel der Afrikapolitik der Bundesregierung. Die Mission MINUSMA der Vereinten Nationen hat dabei eine Schlüsselfunktion.

Zu den Kernaufgaben des deutschen Engagements in Mali gehören, die Vereinbarungen zur Waffenruhe und die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien und die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen sowie die Sicherheit, Stabilisierung und den Schutz von Zivilpersonen zu fördern. Der Bundestag hat am Mittwoch nun einen Antrag der Bundesregierung beraten, mit dem die deutsche Beteiligung an MINUSMA bis zum 31. Mai 2019 verlängert werden soll. Das von der Bundesregierung im März 2017 bereitgestellte Hubschrauberkontingent wird nach Ablauf des ersten Halbjahres 2018 abgezogen. Angesichts der erhöhten bei Sicherheit und Logistik soll die Mandatsobergrenze von bisher 1000 auf 1100 Soldatinnen und Soldaten erhöht werden.

Die Missionen UNMISS, UNAMID, SEA GUARDIAN, RESOLUTE SUPPORT und Bekämpfung des IS-Terrors im Irak sind allesamt in namentlichen Abstimmungen vom Bundestag verlängert worden.